

Eine Milliarde Außenstände.

Die Industrie und die Arbeitslosenfrage. — Seit neun Monaten unbezahlte Rechnungen. — Neunhundert Millionen Kronen anerkannte Forderungen. — Arbeiterlöhne und Beamtengehälter. — Die Kosten der Arbeitslosenunterstützung.

Von Tag zu Tag wird das Gespenst der Arbeitslosigkeit drohender. Die Beratungen, die kürzlich über diese wichtige Frage im Rathause stattfanden, haben eigentlich zu keinem positiven Ergebnis geführt. Man kann vorläufig nur Erdarbeiter beschäftigen, da die Rohmaterialien für Bauten fehlen; zu diesen schweren Arbeiten melden sich aber gelernte Arbeiter nicht. Die Industrie ist notleidend geworden; viele Betriebe stehen ganz still oder die Arbeiter sind nur ein paar Tage in der Woche beschäftigt. Sie dürfen nicht entlassen werden; ja, die Heimlehrer sollen auch noch beschäftigt werden, ebenso die Beamten. Es fehlt aber an Bargeld für die Löhne, da seitens der Militärbehörden und Staatskassen schon seit neun Monaten keine Bezahlung der liquiden Forderungen der Industrie erfolgt.

Die Außenstände der Industrie haben, wie uns von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, den Betrag von einer Milliarde weit überstiegen, da die bisher unbezahlten anerkannten Forderungen allein schon neunhundert Millionen Kronen betragen. Diese Summe entfällt bloß auf effektivierte Lieferungen. Ein noch viel höherer Betrag wurde aber für Bestellungen investiert, die entweder nicht mehr fertig gearbeitet werden konnten oder storniert wurden. Besonders die Flugzeugindustrie

erleidet durch die Stornierungen einen großen Schaden. Das Material für die bestellten Arbeiten mußte vielfach auf dem Wege des Schleißhandels beschafft werden und verursachte daher riesige Auslagen, da die Preise bedeutend überzahlt werden mußten. Durch die plötzliche Abbestellung der bereits in Arbeit befindlicher komplizierten Maschinen und Apparate sind manche Betriebe geradezu ruiniert worden. Ihr Kapital ist in einem teuren Material angelegt, das jetzt für die Friedensproduktion kaum mehr in Betracht kommt oder in Kriegsausrüstung festgenagelt, die mit Verlust abgegeben werden oder befehrt werden muß, weil die Forderungen von den Militärkassen nicht bezahlt werden.

Diese Geldschwierigkeiten machen sich bei der Auszahlung der Arbeiterlöhne und der Beamtengehälter immer härter fühlbar. Die Umstellung der Kriegsindustrie — Munition, Waffen, Fahrzeuge, Seilbahnen etc. — zur Friedensherzeugung wird überdies noch durch den Kohlenmangel und die Lichtbeschränkung erschwert, ferner durch den Rohstoffmangel. Wenn die Fabrikarbeiter nicht beschäftigt werden können und die Ausbezahlung der Löhne wegen Bargeldmangels weiter so schwierig bleibt, könnte die Zunahme der Arbeitslosigkeit kaum zu vermeiden sein.

In Wien sind jetzt etwa 8000 Arbeitslose, meist Frauen. Die Arbeitslosenunterstützung für diese Personen erfordert in Wien allein für 14 Tage einen Betrag von 1.200.000 K. Dabei handelt es sich aber noch nicht um Industriearbeiter. Wenn diese arbeitslos werden würden, müßte in Wien mit 50.000 Menschen gerechnet werden. Es ist klar, daß dies eine Katastrophe bedeuten würde. Die Regierung wird daher nach Ansicht der Industriekreise alles aufbieten müssen, um der Industrie eine den Verhältnissen entsprechende Kredithilfe zu gewähren und die Weiterbezahlung der Löhne auch für die nichtbeschäftigten Arbeiter bis zur Umstellung der Betriebe zur Friedensarbeit sicherzustellen. Natürlich muß mit dieser Notstandsaktion die Beschaffung von Kohle und Rohmaterial Hand in Hand gehen, um die Ueberführung der Industrie zur geregelten Friedenswirtschaft zu ermöglichen.